

Verbannung russischer Autoren

Das Urteil gegen Sinjowski und Daniel

Beide Angeklagten wurden der antisowjetischen Agitation und Propaganda schuldig befunden. Andrej Sinjowski wurde zu sieben und Juli Daniel zu fünf Jahren Freiheitsentzug verurteilt.

Die beiden Verurteilten werden ihre Strafe in einem „Arbeitslager mit verschärften Bedingungen“ verbüßen müssen. Der Antrag der Anklage, sie nach Verbüßung der Strafe für mehrere Jahre aus Moskau zu verbannen, wurde vom Gericht jedoch abgelehnt.

Die Verlesung der Urteilsbegründung durch Gerichtspräsident Smirnow dauerte über zwei Stunden. Während dieser Zeit hatten sich sowohl die Angeklagten wie auch das Publikum von ihren Sitzen erhoben. Der Wahrspruch wurde, wie dies in sowjetischen Gerichten üblich ist, mit Applaus begrüßt. Hierauf wurden Sinjowski und Daniel in ihre Zellen im Lubljanka-Gefängnis zurückgeführt, wo sie in Untersuchungshaft gewesen waren. Es ist noch nicht bekannt, ob sie von ihrem Berufsrecht Gebrauch machen werden.

Reaktion der Kommunisten

Die in Moskau gesprochenen außergewöhnlich harten Urteile gegen die beiden sowjetischen Schriftsteller Sinjowski und Daniel haben im Westen nicht nur in antikommunistischen Kreisen Bestürzung und Empörung ausgelöst, auch kommunistische Kreise befaßten sich zum Teil kritisch mit dem Prozeß.

Der gegenwärtig in England weilende sowjetische Schriftsteller Valerij Tarsis sagte: „Die in Moskau gesprochenen

unmenschlichen Urteile stellen einen Versuch der sowjetischen Behörden dar, zu den stalinistischen Willkürmethoden zurückzukehren. Sie enthüllen die faschistischen Aspekte des Sowjetregimes.“ Tarsis gab bekannt, er werde sich weiterhin für die Haftentlassung des jungen talentierten Dichters Wladimir Bukowskij einsetzen, der verhaftet worden war, weil er eine Sympathiekundgebung für Sinjowski und Daniel vorbereitet hatte.

Der Generalsekretär der britischen Kommunistischen Partei, John Gollan, erklärte, die Moskauer Urteile hätten unter den Freunden der Sowjetunion große Besorgnis ausgelöst. Die Behandlung des Falles durch die sowjetischen Behörden habe der Sowjetunion mehr Schaden zugefügt, als es die Worte Sinjowskis und Daniels vermocht hätten. Die sowjetische Presse habe die Schuld der Angeklagten vorweggenommen, ehe der Prozeß überhaupt eröffnet gewesen sei.

Die sozialdemokratische dänische Zeitung „Aktuel“ spricht von einem großen Schritt zurück

zu den „bösen alten Zeiten, in denen die Despoten im Kreml gegen jede Abweichung vom richtigen Weg zuschlugen“. Das kommunistische Parteiorgan Dänemarks nennt die Urteile „unbegrifflich“. Sie beflecken das Ansehen des Sozialismus.

Der PEN-Club, die internationale Schriftstellervereinigung, hat in einem Telegramm an den sowjetischen Ministerpräsidenten Kossygin seiner Bestürzung über die „brutalen und unmenschlichen Urteile“ Ausdruck gegeben. In dem Telegramm heißt es: „Tief bestürzt über die brutalen und unmenschlichen Urteile, die gegen Sinjowski und Daniel verkündet wurden, bitten wir, die Unterzeichneten, die Tausende von Schriftstellern in der ganzen Welt und Mitglieder des internationalen PEN-Clubs vertreten, Sie dringend, als Ministerpräsident Gnade zu üben und damit das Vertrauen in die Gerechtigkeit und Menschlichkeit der Sowjetunion wiederherzustellen.“

Das italienische kommunistische Organ „L'Unità“ bezeichnet die Urteile als „ohne Zweifel sehr hart“. Mit der Verkündung des Strafmaßes sei das juristische Verfahren beendet; „unserer Ansicht nach aber ist es berechtigt, zu fragen, ob der Prozeß viele der politischen und moralischen Fragen beantwortet hat, die sich unweigerlich stellen“. Das Blatt meinte, im Hintergrund erhebe sich das „größere Problem der Beziehungen zwischen der sowjetischen Ge-

(Fortsetzung Seite 2)

(Fortsetzung von Seite 1)
sellschaft und ihren intellektuellen, zwischen Politik und Kultur, auf das unsere Aufmerksamkeit in den letzten Jahren bei anderer Gelegenheit durch Episoden gelenkt wurde, die andeuten, daß eine angemessene Lösung noch nicht gefunden wurde“.

Gegen das harte Moskauer Urteil hat auch der Sekretär der Gemeinschaft der euro-

päischen Schriftsteller, Giancarlo Vigorelli, Stellung genommen. Vigorelli, der sich vergeblich bemüht hatte, zu den Gerichtsverhandlungen zugelassen zu werden, fand mit den diesbezüglichen Anträgen bei der sowjetischen Schriftstellervereinigung kein Gehör. Wie Vigorelli versichert, würde er sich nach Moskau begeben, um an Ort und Stelle den Fall zu untersuchen.

tisch orientierten Mitgliedern des Schriftstellerverbandes und den Modernisten in den letzten Jahren geworden ist.

Kritik der Sowjetjugend

Schließlich verdient auch die Reaktion in denjenigen Kreisen Erwähnung, die mit den oppositionellen Schriftstellern sympathisieren. Es ist vor allem die intellektuelle Jugend Moskaus, die kein Hehl daraus macht, daß sie mit den in der Auseinandersetzung mit Sinjowski und Daniel angewandten Methoden des Regimes nicht einverstanden ist. Diese jugendlichen Kritiker treten nicht nur im geheimen Kreis der Vertrauten auf, sondern bemängeln den Prozeß und die Art, wie die sowjetische Presse und der Moskauer Rundfunk darüber berichten, auch gegenüber den westlichen Pressevertretern.

Rückfall in stalinistische Methoden

Der Verlauf des Schauprozesses gegen die Schriftsteller Sinjowski und Daniel in Moskau brachte einige Erscheinungen zutage, die interessante Indizien für die Beurteilung der Wandlungen in der sowjetischen Gesellschaft enthalten. Zunächst konnte festgestellt werden, daß die Anklagebehörde sich offensichtlich unsicher fühlte und auf Grund der Erfahrungen, die in der langen Untersuchungshaft mit den beiden Schriftstellern gemacht wurden, mit unangenehmen Überraschungen rechnen mußte. Deshalb wurde nicht nur den westlichen Korrespondenten, sondern auch den Pressevertretern aus den befreundeten sozialistischen Staaten der Zutritt zum Verhandlungssaal verweigert. Zweifellos wollte man gewisse Zusammenhänge, die zwischen der Entstehung einer Schriftstelleropposition in der Sowjetunion und den Liberalisierungstendenzen in den Satellitenstaaten bestehen, verdecken und auf alle Fälle den Kreis der Eingeweihten in das, was sich vor dem Gericht abspielte, möglichst gering halten.

Gerichtsberichterstattung der Moskauer Blätter erfuhr, mit bewundernswerter Selbstsicherheit auf.

Andererseits wurde auch offenbar, welch erbärmliche Rolle die Nutznießer und Mitläufer des Regimes aus den Reihen der Schriftsteller in diesem Strafverfahren gegen die beiden

„Sie hätten den Prozeß ruhig in einem größeren Raum abhalten können“, meinte ein jugendlicher. „Man hätte uns hereinlassen müssen wie bei jeder anderen Verhandlung.“

„Unsere Vertreter, die Mitglieder der Kommunistischen Partei, sind drinnen“, entgegnete ein Jungkommunist. Die Mehrzahl der Zuhörer brach darauf in unverholene Mißfallensäußerung aus. Der Jungkommunist setzte hinzu: „Außerdem steht alles in der Zeitung.“

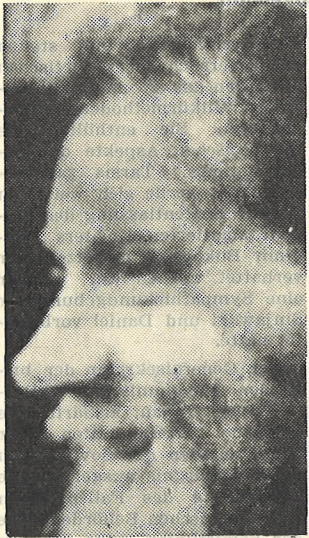
„Wer kann das glauben“, warf darauf ein Mann ein. „Auf so etwas können wir uns nicht verlassen.“

„Keiner weiß, was wirklich drinnen los ist“, mischte sich ein junges Mädchen ein. „Wir müssen die Sendungen der British Broadcasting Corporation (BBC) hören, um wirklich zu wissen, was los ist.“

„Aber die ausländische Presse entsteht die Dinge“, entgegnete ein älterer Mann. Ein junger Mann: „Woher wissen Sie das? Lesen Sie die ausländischen Zeitungen?“

„Nein“, antwortete dieser. „aber ich weiß es.“

„Warum werden die Bücher von Sinjowski und Daniel bei uns nicht veröffentlicht“, fragte ein anderer junger Mann, „da-



Andrej Sinjowski

Bemerkenswert war ferner die Haltung der Angeklagten. Es ist zum erstenmal seit vielen Jahrzehnten bei einem solchen Anlaß vorgekommen, daß die Angeklagten sich von Anfang an als unschuldig erklärten und jeden Punkt der Anklageschrift und sämtliche Behauptungen der Staatsanwälte anfochten. Sowohl Sinjowski wie auch Daniel traten nach dem, was man aus den frisierten TASS-Berichten und den Reportagen der

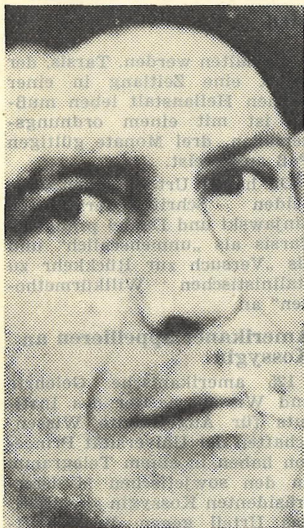
Berufskollegen spielten. Die beiden sogenannten öffentlichen Ankläger, der Schriftsteller Wassiljew und die Literaturhistorikerin und Kritikerin Kerina zeigten als Helfershelfer des Staatsanwalts einen befremdlichen Übereifer. Das ist nur ein Indiz dafür, wie groß die Kluft zwischen den dogma-

mit wir uns selbst ein Urteil bilden können?“

Der Jungkommunist darauf: „Ich glaube, daß die Politik unserer Partei richtig ist.“

„Das finde ich nicht“, erwiderte einer der Männer. „Der Unterschied liegt darin, Sie haben das Recht, offen zu sagen, daß die Partei recht hat, während ich nicht sagen darf, daß sie unrecht hat.“

Wenn man zudem berücksichtigt, daß sich die beiden Angeklagten nach Anhörung des



Juli Daniel

Eröffnungsbeschlusses in einer Art als „nicht schuldig“ bekannten, die in der heutigen UdSSR kaum noch zu verschweigen ist, dann erhält die Aussage eines dritten sowjetrussischen Schriftstellers möglicherweise noch größeren Gewicht.

Dem 60jährigen Walerij Tarsis war völlig unerwartet die Ausreise ins westliche Ausland erlaubt worden. Nach seiner Ankunft in England, wo er zunächst an der Universität von Leicester literaturgeschichtliche Vorträge halten wird, erklärte er auf einer Pressekonferenz in London zur Frage nach seiner Einstellung zum Regime seiner Heimat: „Ich bin kein Verräter. Ich liebe Rußland.“

Zaristische Kulturpolitik im kommunistischen Gewand

Der Schauprozeß gegen Sinjowski und Daniel hat nicht nur den aktuellen, konkreten Sinn, den ihm die herrschende Diktatur des bürokratischen sowjetischen Polizeistaates gibt. In einem weiteren, zeitgeschichtlichen Rahmen gewinnt dieser seit der stalinistischen Zeit wohl erste wichtige politische Prozeß mit innenpolitischem und soziologischem Hintergrund die Bedeutung eines wichtigen Testfalls. In erster Linie zeigt der Prozeß, daß auch die Nachfolger Chruschtschows eine reaktionäre Kultur- und Gesellschaftspolitik betreiben. Diese Grundhaltung knüpft sowohl an die finstere Tradition des vorparlamentarischen zaristischen Systems wie auch an die Praxis der bolschewistischen Diktatur der letzten drei Jahrzehnte an. Zeitgeschichtlich und soziologisch gesehen, schafft dieser Prozeß ein vielleicht von der Kremelführung ungewolltes, aber sicherlich logisches Korrelat zu den technisch-zivilisatorischen Leistungen der Diktatur, wie das beim jüngsten Mondexperiment demonstriert wurde.

Als eine geradezu symbolische Koinzidenz mutet es an, daß zur gleichen Stunde, da der Sekretär des Gerichts die Anklageschrift verlas, der Präsident der Akademie der Wissenschaften, Prof. Keldysch, Journalisten über die Erfolge des Luna-Unternehmens unterrichtete. Hier wird der innere Widerspruch eines Regimes markiert, das auf der einen Seite die Naturwissenschaft wie auch die Technik hoch entwickelt hat, auf der anderen Seite die Gesellschaft in der Sphäre der geistigen Disziplinen und der individuellen Freiheit unterentwickelt hält. Ungeachtet seiner revolutionären Herkunft bleibt der Sowjetstaat in der gesellschaftlichen Praxis eine Mischung aus altrussischer Despotie und „moderner“ totalitärer Diktatur.

Auf die russische Gegenwart bezogen, ist der Moskauer Schriftstellerprozeß nichts anderes als eine Neuauflage des aufgelöst gebliebenen Gegensatzes zwischen „Westlern“ und „Slawophilen“ oder zwischen einer fortschrittlichen, zugleich liberal und kosmopolitisch gesinnten Minorität und der rück-

ständigen, traditionalistischen und chauvinistisch-antiwestlich orientierten Majorität. Der Prozeß dürfte ein Meilenstein sein, einerseits in den Bemühungen der „Altgläubigen“, der wachsenden Unruhe im Lande endlich Herr zu werden, andererseits als ein Ereignis, das die Entfremdung vertieft zwischen einem innerlich ausgehöhlten System, das sich nach außen jedoch noch immer als ziemlich stabil präsentiert, und einer Emanzipationsbewegung.

Nach dem Vorbild des 19. Jahrhunderts

Trotz allen Attributen von Scheinlegalität, trotz der unentwegten Betonung der regime-treuen Kommentatoren, daß die Angeklagten Sinjowski und Daniel mit legalen Mitteln bestraft werden, muß man beim Haßklima, das von diesem Schauprozeß her gegen die prowestlich orientierten Künstler und Schriftsteller produziert wird, an die alte Maxime aus der stalinistischen Zeit denken: „Hauptsache, daß man einen Menschen einsperrt, einen Pa-

(Fortsetzung Seite 4)

(Fortsetzung von Seite 3)
ragraphen wird man schon dazu finden.“ Über Mörder hat man nie so Böses gehört und gelesen wie in den letzten Tagen über die angeblichen Untaten Sinjawskis und Daniels. Würde man die Phrasen von „sowjetischem Patriotismus“ und „kommunistischem Glück“ streichen, so könnte man meinen, man habe es mit einer Tagung des zaristischen Komitees für Presseangelegenheiten oder des Zensurkomitees zu tun, jener beiden berichtigten Institutionen aus dem 19. Jahrhundert, die seit dem Dekabristenaufstand bis zur Revolution vom Jahre 1905 über 2000 Büchertitel verbieten ließen — besonders Bücher, die in Rußland nicht gedruckt werden konnten und im Ausland erschienen sind. Zu den prominenten russischen Schriftstellern, die ihre bitteren Erfahrungen mit dieser Zensur machten und ihre Werke im Westen erscheinen lassen mußten, gehörte bekanntlich auch der später als Autorität des sozialistischen Realismus und Begründer der sowjetischen Literatur gepriesene Maxim Gorki. Die Zahl der von der sowjetischen Zensur verbotenen und vernichteten Bücher wird erst dann bekannt werden, wenn die Archive später in gleicher Weise ausgewertet werden können wie nach 1917 die zaristischen Geheimarchive; sicherlich werden die Zahlen noch erschreckender sein.

Ebenso alt und traditionell war die Art, wie man die beiden Schriftsteller unpatriotischer Gesinnung und Handlungen beschuldigte. Auch das ist sehr charakteristisch für den Stand der Dinge in der heutigen sowjetischen Gesellschaft. Die von der Evolution bedrohte Partei, Staatspolizei und Literaturbürokratie versteckte sich während des Prozesses — wie ehemals — hinter pathetisch klingenden Phrasen vom angeblich beleidigten Volk und beschmutzten Vaterland und vermied eine konkrete Auseinandersetzung mit den gesellschaftskritischen Analysen der angeklagten Schriftsteller — in einer Weise, die in dem angeblich marxistischen Staat und im „kosmischen Zeitalter“ grotesk erscheint.

Tarsis ausgebürgert

„Eines Sowjetbürgers unwürdig“

Wegen einer Handlungsweise, „die eines Sowjetbürgers unwürdig ist“, ist dem aus Kiew stammenden 60-jährigen Schriftsteller Valeri Tarsis die sowjetische Staatsbürgerschaft entzogen worden. Durch den Beschluß des Präsidiums des Obersten Sowjets, der auf der letzten Seite des Parteiorgans „Prawda“ veröffentlicht wurde, ist Tarsis, der sich zur Zeit in Großbritannien aufhält, staatenlos geworden.

Der Schriftsteller, der vor Wochen zu Vorlesungen an der Universität Leicester gekommen war, erklärte in London, er sei über die Nachricht aus Moskau nicht überrascht. Man habe ihm schon vor seiner Abreise gesagt, daß er nicht wieder zurückkehren dürfe. „Ich hoffe“, sagte er, „daß die Öffentlichkeit und die Behörden im Westen, die mir gegenüber soviet Sympathien gezeigt haben, mir jetzt helfen werden, das Asylrecht zu erhalten. Obwohl ich kein junger Mann mehr bin, hoffe ich doch, eines Tages in ein freies Rußland zurückkehren zu können.“

Seit seiner Ankunft in London hat Tarsis Interviews und eine Pressekonferenz gegeben, in denen er das sowjetische System scharf angriff. In einem Interview der „New York Times“ prophezeite er, daß das Sowjetregime in fünf oder sechs Jahren gestürzt werden würde. Vor Pressevertretern hatte er in London erklärt, der Hauptzweck seiner Arbeit und seines Lebens sei der Kampf gegen den Kommunismus. Er sei kein Verräter seines Landes. Er liebe Rußland. Aber darunter verstehe er das Volk und nicht die Regierung, die die nationale Sache verraten habe.

Der Schriftsteller ist im Westen besonders durch ein antisowjetisches Buch „Block sieben“ bekannt geworden, dessen Manuskript aus der Sowjetunion herausgeschmuggelt worden war. Es beschreibt die Zustände in einer Anstalt für Geistesranke, in der völlig gesunde Menschen wegen ihrer Opposition zum Kommunismus

festgehalten werden. Tarsis, der selbst eine Zeitlang in einer solchen Heilanstalt leben mußte, ist mit einem ordnungsgemäßen, drei Monate gültigen Paß ausgereist.

Die harten Urteile gegen seine beiden Schriftstellerkollegen Sinjawski und Daniel prangerte Tarsis als „unmenschlich“ und als „Versuch zur Rückkehr zu stalinistischen Willkürmethoden“ an.

Amerikaner appellieren an Kossygin

125 amerikanische Gelehrte und Wissenschaftler des Instituts für Angewandte Wissenschaften der Universität Princeton haben in einem Telegramm an den sowjetischen Ministerpräsidenten Kossygin appelliert, das Urteil gegen die Schriftsteller Sinjawski und Daniel aufzuheben.

Italiener protestierten

Über 300 italienische Schriftsteller, Künstler und Angehörige der Sozialistischen Partei haben in einem römischen Theater ihre Sympathie mit den Schriftstellern Sinjawski und Daniel bekundet und gegen das Moskauer Urteil protestiert. Der Schriftsteller Ignazio Silone, selbst früher Kommunist, bezeichnete die Zeugenaussagen gegen Sinjawski und Daniel als „unwürdig und lächerlich“.

Die Methode, unerwünschte Schriftsteller auszubürgern, ist bislang nur vom Nationalsozialismus praktiziert worden. Der prominenteste Parallellfall ist Thomas Mann, dem die deutsche Staatsbürgerschaft aberkannt wurde, als er im Ausland war.

Präses Scharf neuer Bischof von Brandenburg

**Trotz Interventionen
Pankows in beiden
Teilsynoden mit großer
Mehrheit gewählt**



Der scheidende Bischof D. Dr. Otto Dibelius beglückwünscht seinen Nachfolger Präses D. Kurt Scharf

Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Präses Kurt Scharf, ist von den beiden Regionalsynoden der Evangelischen Kirche von Berlin-Brandenburg in Ost- und West-Berlin mit großer Mehrheit als Nachfolger von Bischof Dibelius zum neuen Bischof von Berlin-Brandenburg gewählt worden. Präses Scharf, den die Zonenbehörden seit August 1961 an der Rückkehr zu seinem Wohnsitz in Ost-Berlin hindern, war als einziger Kandidat aufgestellt worden. Die Zonenregierung hatte erklärt, sie werde die Wahl von Scharf als einen „Affront“ betrachten.

Präses Scharf erklärte nach der Wahl, er wolle sich noch vor seiner Amtseinführung erneut mit der Bitte an die Zonenregierung wenden, ihn wieder nach Ost-Berlin zu lassen, damit er von dort aus als Bischof und Ratsvorsitzender amtieren könne. In dieser Bischofswahl sei eine Sachentscheidung gefallen, es sei um den Zusammenhalt der beiden Teile der Kirchenprovinz gegangen. Bischof Dibelius verabschiedete sich vor der Regionalsynode im Spandauer Johannesstift mit den Worten: „Ich scheidet aus meinem Amt in Dankbarkeit, doch auch in dem Bewußtsein, daß unserer Kirche schwere Tage bevorstehen.“

Bei der geheimen Stimmabgabe auf den beiden Regionalsynoden wurden von den insgesamt 235 an der Wahl teilnehmenden Synodalen 195 Stimmen für Scharf abgegeben, 21 Synodale stimmten gegen Scharf, 18 enthielten sich der Stimme, und eine Stimme war ungültig.

Aufgeschlüsselt auf die beiden Regionalsynoden ergab sich folgendes Stimmenverhältnis: Von den 81 Synodalen der Regionalsynode West wurden 63 Ja-Stimmen und 12 Nein-Stimmen abgegeben, 6 enthielten sich der Stimme. Von den 154 Synodalen der Regionalsynode Ost wurden 132 Ja-Stimmen und 9 Nein-Stimmen abgegeben, 12 enthielten sich der Stimme, und eine Stimme war ungültig.

Nach der mit großem Beifall aufgenommenen Bekanntgabe des Wahlergebnisses im Spandauer Johannesstift ging Bischof Dibelius spontan auf den schräg hinter ihm sitzenden Scharf zu und drückte ihm unter lebhaftem Beifall der Synodalen die Hand.

Der neugewählte Bischof Scharf betonte nach der Annahme des Amtes, es sei eine Sachentscheidung gefallen, es sei um den Zusammenhalt und die Stellung der Kirche in Berlin-Brandenburg gegangen. In der ökumenischen Bewegung

(Fortsetzung Seite 6)

(Fortsetzung von Seite 5)
der Gegenwart habe diese Kirche einen besonderen Beitrag zu leisten, nämlich zur Versöhnung zwischen den Menschen über alle Gegensätze und Parteilungen hinweg. Scharf würdigte das Wirken von Bischof Dibelius: „Der erste evangelische Bischof von Berlin hat dem Amt Gestalt und Form gegeben, die keiner von uns ausfüllt. Das Erbe, das er uns übergibt, können wir nur gemeinsam aufgreifen.“

Rückkehr nach Ost-Berlin angestrebt

In einer anschließenden Pressekonzferenz gab Scharf bekannt, daß er bei den Zonenbehörden wieder um Erlaubnis nachsuchen werde, den Ostteil der Stadt aufsuchen zu können. Er werde auch die Frage stellen, ob die Bischofseinführung in Ost-Berlin oder in Ost- und West-Berlin erfolgen könne. In den letzten Jahren habe er immer wieder die Zonenbehörden angegangen, ihm zu gestatten, das Amt des Propstes von Brandenburg auszuüben. Auch in Zukunft werde er es immer wieder tun. Wenn er die Erlaubnis erhalte, werde er seinen Wohnsitz in Ost-Berlin sofort wiederaufnehmen und darum bitten, sein bischöfliches Amt von Ost-Berlin aus im westlichen Teil der Evangelischen Kirche in Deutschland wahrnehmen zu können.

Verbot des SED-Parteitages

Zustimmung auch bei den politischen Parteien

Die entschlossene Haltung der Alliierten, wie sie in dem Verbot des geplanten Parteitages der SED West-Berlins zum Ausdruck kam, hat in der Berliner Öffentlichkeit ein durchweg zustimmendes Echo gefunden. Ihr Einverständnis mit diesem Schritt äußerten auch die drei im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien. Die Berliner Bevölkerung und ihre gewählten Vertreter seien nicht bereit, provokatorische internationale kommunistische Demonstrationen zu gestatten.

Ein Sprecher der CDU stellte fest, die Alliierten hätten einen regulären Parteitag nicht ausgeschlossen, sondern sich gegen eine Propagandaschau des internationalen Kommunismus gewandt. Die SED habe keinen Vorwand, sich bei den Wahlen

Ungarn: Kritik und Opposition wird nicht geduldet

Eine beträchtliche Anzahl von Personen ist in den letzten Monaten wegen „verbrecherischer Pläne zum Sturz der Regierung“ verhaftet worden. Dies wurde in Form eines großen Artikels im „Nepszabadsag“ unter dem Titel „Humanität und Strenge“ offensichtlich auf Weisung der obersten ungarischen Parteiführung bekanntgegeben. In der ungarischen Bevölkerung hat dieser Aufsatz großes Aufsehen erregt und die Besorgnisse verstärkt, daß das Kadar-Regime auch sonst die Zügel schärfer anziehen wird.

Zweck dieses Artikels ist offensichtlich, der ungarischen Öffentlichkeit angesichts der großen Unzufriedenheit über die kürzlichen Preisreformen deutlich zu machen, daß starke Kritik, geschweige denn Opposition nicht geduldet wird.

Bei den Festgenommenen handelt es sich um Leute, die 1956 wegen ihrer Teilnahme an der Revolution verurteilt, aber dann 1963 amnestiert wurden. Sie werden nun beschuldigt, mit Ermutigung westlicher Kreise wieder verschwörerische Pläne zum Sturz des Systems ausgeheckt zu haben.

Als Beispiel für die verschwörerischen Umtriebe wird in dem Artikel auf eine Gruppe hingewiesen, die zum Kreis der

verbotenen Priesterkongregation „Regnum Marianum“ um den katholischen Priester Emödi, einen früheren Vertrauten Kardinal Mindszents, gehört. Diese Gruppe sei bereits vor Jahren von der Polizei zerschlagen worden. Die Verhafteten seien damals zu Kerkerstrafen bis zu zehn Jahren verurteilt, aber dann amnestiert worden. Im Sommer vergangenen Jahres hätte man Emödi und die anderen Angehörigen seines Kreises wegen staatsfeindlicher Verbrechen erneut verurteilen müssen.

Der „Nepszabadsag“ verschwieg jedoch, daß diese „Verbrechen“ nur Diskussionen waren, die die verurteilten Priester mit Jugendlichen in Betrieben geführt hatten. Das Blatt führt dann noch die Namen von anderen ehemaligen amnestierten und wieder Verhafteten an, unter denen sich auch ein früherer Redakteur des „Nepszabadsag“ namens Miklos Vasarhelyi befinden soll, der mit dem später hingerichteten ungarischen Ministerpräsidenten Imre Nagy am 4. November 1956 Zuflucht in der jugoslawischen Botschaft suchte und dann später auch verhaftet wurde.

Der Verfasser des „Nepszabadsag“-Artikels beklagt es, daß ein Teil der 2500 bis 3000, die im Jahre 1963 amnestiert worden seien, diese großzügige Geste der Menschlichkeit als Schwäche ausgelegt hätten. Er betonte abschließend, daß auch in Zukunft gegen Staatsfeinde immer mit aller Schärfe vorgegangen werde.

in West-Berlin dem Votum der Bevölkerung zu entziehen.

Den Bestrebungen der SED, ihrer Dreistaatentheorie Geltung zu verschaffen, müsse in Anbetracht der Sonderlage Berlins mit hoheitlichen Mitteln entgegengetreten werden.

Sowjets wollen die NATO zersplittern

Der wiederholten sowjetischen Behauptung, daß eine gemeinsame westliche Atomstreitmacht die Atomsperrpolitik verletzen würde, trat der amerikanische Außenminister Dean Rusk erneut nachhaltig entgegen. In einer gemeinsamen Sitzung der Atomenergieausschüsse des Senats und des Repräsentantenhauses sagte Rusk, die Politik der Nichtweiterverbreitung und die Verhütung der Verbreitung von Kernwaffen auf Länder, die heute noch keine besitzen, bleibe ein Hauptziel der Außenpolitik Amerikas.

Der Außenminister unterstrich, daß die Sowjets ihre Einwände nur erheben würden, weil Moskau grundsätzlich etwas gegen die Existenz der NATO habe. Der Kreml sei Gegner aller Vereinbarungen, die eine enge Zusammenarbeit

der USA und Westeuropas zum Inhalt hätten.

Aus diesem Grunde, so sagte Rusk, wendeten sich die Sowjets auch gegen die gleichberechtigte Mitarbeit der Bundesrepublik Deutschland in der westlichen Gemeinschaft. Ihre Hauptpropaganda richte sich mit dem Ziel gegen die Bundesrepublik, die NATO zu schwächen und aufzusplittern. Erst die Tatsache, daß die Sowjetunion Hunderte von Raketen auf Westeuropa gerichtet habe, betonte Rusk, habe das Kernwaffenproblem der NATO geschaffen. Es sei nur natürlich, daß die Westeuropäer besorgt seien, wenn sie im Wirkungsbereich sowjetischer Raketen leben müssen.

Der Außenminister forderte die Sowjetunion erneut auf, mit den Vereinigten Staaten einen Atomsperrvertrag abzuschließen.

Westliche Welt muß stark bleiben

Der sowjetische Erste stellvertretende Verteidigungsminister, Marschall Gretscho, der gleichzeitig Oberkommandierender der Streitkräfte des Warschaupaktes ist, hat gegenüber der Nachrichtenagentur TASS erklärt, die „Krise in Vietnam“ und der „westdeutsche Revanchismus“ ließen keine Verminde rung der Verteidigungsanstrengungen Moskaus zu. Der Kreml ergreife alle „notwendigen Maßnahmen, um die Armee und die Marine auf der Höhe der täglichen Anforderungen zu halten“. Marschall Gretscho hob namentlich die sowjetische Raketenmacht hervor, die „praktisch unverwundbar“ sei und innerhalb „von Minuten“ gestartet werden könnte. Er betonte jedoch gleichzeitig die große Rolle der konventionellen Landstreitkräfte sowie der Marine und der Luftwaffe bei einem möglichen Verteidigungsfall.

Vor kurzem hatte die Sowjetregierung eine fünfprozentige Erhöhung der Verteidigungsausgaben beschlossen.

Dr. Adenauer beging seinen 90. Geburtstag



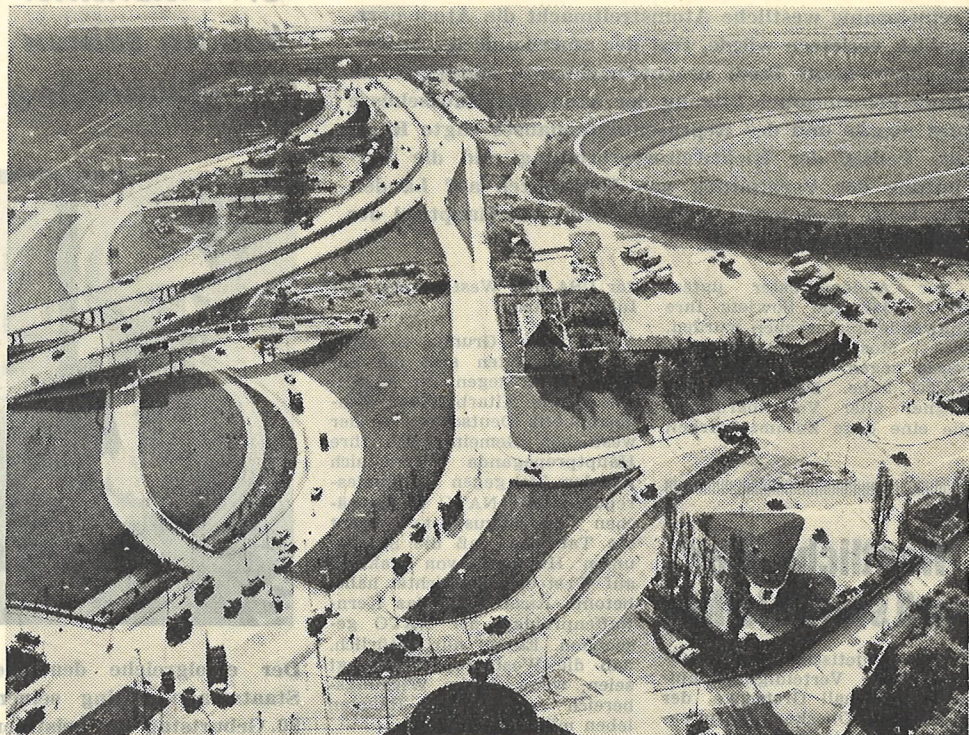
Der erfolgreiche deutsche Staatsmann beging seinen 90. Geburtstag in geistiger Frische. Er legt im März den Parteivorsitz in der CDU nieder.

Klares Nein wegen der Mauer

Wegen der Mauer in Berlin erhalten sowjetzonal Pressevertreter keine Einreisegenehmigung, um über die Fußballweltmeisterschaft in Großbritannien zu berichten. Sportminister Howell führte als Begründung bei der Eröffnung eines Jugendklubs in Middlesbrough wörtlich aus: „Die Mauer ist die bestialischste und unmenschlichste Sache, die seit Jahren in der Welt vorgekommen ist.“

Es tue ihm leid, daß Journalisten aus der Zone nicht kommen könnten. „Aber wenn eine Situation entsteht, in der Familien voneinander getrennt werden und wenn die Menschen dieses Landes keine Möglichkeit haben, in der Welt herumzu reisen, muß man nein sagen.“ Er fügte hinzu: „So wichtig es für Pressevertreter ist, frei zu reisen, so wichtig muß es auch für alle Menschen sein, dasselbe Recht auf freien Reiseverkehr zu haben.“

Berlin heute



Der Avusverteiler mit der Nordkurve

Die Agentur TASS verbreitete ein Interview, das Marschall Sacharow der Zeitung „Roter Stern“ gewährt und wonach die Sowjetunion „eine neue Waffe von unerhörter Stärke besitzt, die wir andauernd aktionsbereit halten und die in sehr kurzer Zeit irgendeinen Feind ausrädieren kann“. Es ist genauso wie unter Hitler.

1820 Zohnenbewohner siedelten nach einer Mitteilung des Innenministeriums in Wiesbaden im Jahre 1965 auf legalem Wege nach Hessen über. Die meisten sind Alte und Kranke.

Das polnische Parteiorgan „Trybuna Ludu“ beschuldigte Kardinal Wyszyński und den

Kurz gemeldet

Sekretär des polnischen Episkopats, Bischof Choromanski, des „kämpferischen Antikommunismus“.

Aus ihren Predigten der letzten Zeit habe sich deutlich ergeben, daß sie eine konsequente reaktionäre Haltung einnehmen und ihre kommunistenfeindliche Einstellung aus der Vorkriegszeit beibehielten und stolz darauf seien, heißt es weiter. Diese Haltung der Bischöfe beweise auch, daß die Botschaft an den deutschen Episkopat nicht nur rein religiöse Motive gehabt habe.

In vier Jahren will die Deutsche Lufthansa nur noch Düsenflugzeuge benutzen, wie Vorstandsvertreter der Gesellschaft vor dem Verkehrsausschuß des Bundestages bekanntgaben. Später will die Lufthansa auch Überschallflugzeuge einsetzen.

Liebe Leser! Wir möchten gern wissen, wo diese Wochenausgabe verteilt worden ist. Schreiben Sie bitte auf einer Ansichts- oder Postkarte mit falschem Absender, wo Sie dieses Blatt gefunden haben, an folgende Anschrift: Kurt Hoffmann, Berlin 42, Siebertweg 88. Wir danken für Ihre Hilfe.